
INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

SPANIEN

Zum ersten Male seit Bestehen des Franco-Regimes ist es in Barcelona im März d. J. zu schweren Unruhen gekommen. 300 000 Arbeiter waren in den Streik getreten. Bei Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei gab es Tote und Verletzte, über deren Zahlen jedoch keine amtlichen Angaben gemacht wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In einer offiziellen Verlautbarung hieß es, die Demonstranten und der Generalstreik seien „erfolglos“ von ausländischen Hintermännern organisiert worden.

Unmittelbarer Anlaß für die Ausschreitungen war die Erhöhung der Transporttarife, durch die vor allem die sozial schwächeren Schichten schwer betroffen wurden.

Was sich im Monat März in Barcelona abgespielt hat, ist aber nicht allein mit diesem unmittelbaren Anlaß zu erklären. Es hat tiefere Ursachen. Hat das spanische Volk die Diktatur Francos satt? Will es nicht mehr ein System ertragen, das bis heute nicht imstande war, die dringendsten Wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme zu lösen? Spanien steht seit Anfang des Jahres inmitten einer verheerenden Inflation. Die -Preise, die sich bisher im gemäßigten Tempo nach oben bewegten, überstürzen sich jetzt. Die Presse schiebt die Schuld den Schwarzhändlern und Spekulanten zu; aber es ist kein Geheimnis, daß es gerade bei den Behörden viele Mitschuldige gibt. Durch die Verteuerung der Fahrpreise hat das Regime Francos der Preistreiberei nun neuen Vorschub geleistet. Das spanische Volk kann sich nicht mehr sattessen, auch diejenigen nicht, die noch in Arbeit stehen. Die katalonische Industrie verfügt über neun Stunden Strom wöchentlich. Alles ist gelähmt. Das Kapital ist mehr als vorsichtig und engagiert sich nicht. Die Not wächst täglich.

Es ist aber unsinnig, zu sagen, daß die Bevölkerung von ausländischen kommunistischen Agenten aufgeputscht worden sei. Diese Erklärung ist etwas bequem; sie wird auch nicht dadurch glaubhafter, daß die italienischen und französischen Kommunisten die Protestaktion als einen Erfolg ihrer Sache feierten. Im Gegenteil, die Kommunisten haben in Katalonien niemals einen wesentlichen Einfluß besessen. Die katalonische Arbeiterschaft war seit je in zwei größeren Arbeiterbewegungen organisiert.

Einmal in der Confédération Nationale du Travail (Nationale Arbeiterkonföderation), eine anarchistisch-syndikalistische Bewegung, und zum anderen in der Union Générale des Travailleurs (Allgemeiner Arbeiterbund), der die sozialistische Richtung vertritt. Sowohl die CNT als auch die UGT haben zwar trotz aller Verfolgungen illegal in Spanien weiterbestanden. Diese beiden großen Gewerkschaftsorganisationen waren und sind aber antikommunistisch. Während des Bürgerkrieges hat es allerdings eine „Vereinigte sozialistische Partei Kataloniens“ gegeben. Sie war rein kommunistisch und ist heute nur noch eine Fiktion. Sie besteht nur noch im Exil und hat sich gespalten. Die Kommunisten Spaniens haben seit langem den Befehl herausgegeben, sich still zu verhalten. Sie rechnen mit den politischen Fehlern, die von den demokratischen Ländern Franco gegenüber begangen werden. Das ist für sie die beste Propaganda.

Nein, der Generalstreik und die damit verbundenen Unruhen waren nicht kommunistischen Ursprungs, sie zeigten nur das Aufbegehren der Bevölkerung gegen die elenden Verhältnisse in Spanien. Die Vorgänge sind eine ernste Warnung für das System des Franco-Regimes; das darf nicht verkannt werden. Aber daß das System Francos damit in Gefahr oder Bedrängnis gerät, wird kein mit den Verhältnissen in Spanien Vertrauter annehmen. Franco hat genügend Mittel und zudem eine starke Faust, um solchen Situationen entgegenzutreten.

FRANKREICH

Die französische Regierung hat am 26. Januar durch den Innenminister die Auflösung der Pariser Zentrale des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes anordnen lassen. Die Funktionäre des Weltgewerkschaftsbundes wurden angewiesen, ihre Büroräume innerhalb eines Monats zu räumen. Diese Anordnung gründet sich auf die Entscheidung, daß der Weltgewerkschaftsbund eine ausländische Organisation sei, die ihre Büros in Paris habe. Kommentatoren aus Paris vermuten, daß diese Auflösung auf den Bündnisvertrag zurückzuführen ist, der unter dem Patronat des Weltgewerkschaftsbundes zwischen der ostdeutschen Postarbeitergewerkschaft und der kommunistisch-französischen Postarbeitergewerkschaft zum gemeinsamen Kampf

im Weltgewerkschaftsbund „für den Frieden“ und gegen die westdeutsche „Remilitarisierung“ abgeschlossen wurde. Die Kommentatoren glauben, daß derartige Verträge von der französischen Regierung als ein Übergriff auf die französische Souveränität angesehen werden und die Ausweisung des Weltgewerkschaftsbundes damit gerechtfertigt sei. Der Exekutiv-ausschuß des Weltgewerkschaftsbundes veranstaltete daraufhin in Warschau eine Konferenz, auf der die Frage einer vorübergehenden Zentralstelle und eines neuen, endgültigen Sitzes besprochen wurde.

VEREINIGTE STAATEN

USA-Gewerkschaften und Verteidigungsmobilisierung

Die letzte Entwicklung in den Vereinigten Staaten zeigt, daß zwar nahezu allen politischen Kräften, des Landes die Notwendigkeit der von der Regierung verfolgten militärischen und wirtschaftlichen Mobilisierung einleuchtet, daß sie aber nicht alle bereit sind, der Regierung auf den dabei eingeschlagenen Wegen zu folgen. Gefährlicher für die Regierung als alle Querschüsse ihrer entscheidenden politischen Gegner könnte die Unzufriedenheit der Gewerkschaften werden. Mit der Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus allen Ämtern für die Verteidigungsmobilisierung hat sich die Lage besonders verschärft. Bekanntlich behaupten die Gewerkschaften, daß sich diese Stellen völlig in den Händen der Geschäftsmagnaten befinden.

Einige Tage nach diesem Schritt der Gewerkschaften machte die Regierung in der Frage der gleitenden Lohnskalen Zugeständnisse, jedoch nur für solche, die vor Verhängung des Lohnstops vereinbart waren. Außerdem sind die Erleichterungen bis zum 30. Juni 1951 befristet. Dieser Akt wurde jedoch wieder zur Farce, als kurz darauf Lockerungen in den Preiskontrollen bewilligt wurden. Gleichzeitig brachte Präsident Truman zum Ausdruck, daß er den mit dem Mobilisierungsprogramm beauftragten Personen Vertrauen schenke.

Der politische Ausschuß der Gewerkschaften (ULPC) gab daraufhin bekannt, daß seine Vertreter die Regierungsämter boykottieren werden, weil sie anders dem amerikanischen Volk nicht das große Unrecht klarmachen könnten, das man an ihm verüben will. Der politische Ausschuß erklärte:

„Wir stehen heute einer Preisordnung gegenüber, die einer legitimierte Beraubung jedes amerikanischen Verbrauchers gleichkommt, während die Lohnordnung keinem

amerikanischen Lohn- und Gehaltsempfänger auch nur ein Mindestmaß an Gerechtigkeit widerfahren läßt. Die gleichmäßige Verteilung der Opfer muß im Verteidigungsprogramm zum unabdingbaren Leitmotiv erhoben werden, wenn uneingeschränkte Mitarbeit und bessere Ergebnisse erzielt werden sollen. Die den Gewerkschaften bisher eingeräumten und angebotenen Posten in den Mobilisierungsämtern können nur als Schaufensterdekorationen bewertet werden.

Wir vom politischen Ausschuß der Gewerkschaften erlauben uns diese Kritik nicht, weil wir das Verteidigungsprogramm schwächen, sondern weil wir es verbessern wollen.“

Dies zeigt, daß die USA-Gewerkschaften, die jetzt durch den ULPC in der Spitze zusammengefaßt sind, sich wehren, für die wachsende Inflation verantwortlich gemacht zu werden, die durch die unschlüssige Regierungspolitik herbeigeführt wird.

USA-Gewerkschaften zum Mitbestimmungsrecht

Die beiden großen amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen, die AFL (American Federation of Labor) und der CIO (Congress of Industrial Organization), haben in Erklärungen an Acheson und McCloy ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitnehmern in der Frage des Mitbestimmungsrechtes erklärt. Dagegen will sich die amerikanische Regierung jedes Eingriffs enthalten, da sie die Frage des Mitbestimmungsrechtes als eine rein innerdeutsche Angelegenheit ansieht.

EIN JAHR INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) konnte zwar schon im Dezember 1950 auf das 1. Jahr seines Bestehens zurückblicken, die praktische Tätigkeit hat jedoch vor einem Jahr im März begonnen, als das Zentralbüro in Brüssel seine Arbeit aufnehmen konnte.

Eine Gewerkschaftsorganisation von solcher Bedeutung bedarf, um auf lange Sicht hin erfolgreich zu sein, eines planmäßigen und großzügigen organisatorischen Aufbaues. Nach der 1. Phase der Gründung und der 2. Phase der Programmation, die beide Ende 1949 abgeschlossen waren, befindet sich der IBFG zur Zeit noch in der 3. Phase des Aufbaues seiner Organisation. Das bedeutet jedoch nicht, daß der IBFG nicht schon die 4. Phase, die der praktischen Wirksamkeit, in Angriff genommen und Vorbereitungen dafür getroffen hat, daß sich die bisher geführten Beschlüsse praktisch

auswirken. Man denke nur an die aktive Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, wie die der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Verwaltung des Europa-Hilfsplanes und vor allem an die Teilnahme an den wichtigen Beratungen über das Zustandekommen des Schumanplanes.

In dem erwähnten Zentralbüro des IBFG in Brüssel sind gegenwärtig 48 Mitarbeiter aus vierzehn verschiedenen Nationalitäten beschäftigt. Sämtliche Publikationen, die vom Zentralbüro versendet werden, sind in mindestens vier verschiedenen Sprachen abgefaßt: englisch, französisch, deutsch und spanisch. Als Monatsschrift erscheint seit dem 1. Juli 1950 die „Freie Gewerkschaftswelt“. Weiter wird seit dem 19. April 1950 vierzehntägig ein hektographiertes „Mitteilungsblatt“ des IBFG und neuerdings (seit 15. Januar 1951) das „Blitzlicht“, eine Publikation „unverfälschter Nachrichten aus Diktaturländern“, herausgegeben. Schließlich sei noch erwähnt, daß der IBFG mit allen Sendestationen der freien Welt Verbindung aufgenommen hat, um auch den Rundfunk in den Dienst der Werbung zu stellen.

Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Weltorganisation spiegelt sich naturgemäß einerseits in Konferenzen, Tagungen und Kongressen wider, andererseits in der Arbeit von Studien-Delegationen, die die verschiedensten Länder der Welt besuchen. So besuchte im Juli 1950 eine fünfköpfige Delegation Asien und den Fernen Osten; eine dreiköpfige Delegation des IBFG kam am 26. November 1950 nach Tunis, um sich drei Wochen lang zu Studienzwecken in Nordafrika aufzuhalten, und am 25. Januar 1951 verließ eine achtköpfige Studiengruppe London, um in einer zweimonatigen Reise durch West- und Zentralafrika den Stand der Gewerkschaften in Franz.-Westafrika, Franz.-Äquatorialafrika, Kamerun, Sierra Leone, an der Goldküste (wo eine musterhafte Kolonialgewerkschaft existiert), in Gambia, Nigeria, Belgisch-Kongo und Liberia zu prüfen.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt der IBFG der regionalen Aufgliederung. Hier machte Europa mit seinen 21 Mill. Mitgliedern den Anfang: Vom 1. bis 4. November 1950 fand in Brüssel unter dem Vorsitz von Sir Vincent Tewson (Großbritannien) eine Konferenz statt, die sich mit der Schaffung eines Europäischen Regionalrates befaßte. Vom 29. bis 31. Januar 1951 hielt der Europäische Regionalrat seine erste Konferenz ab, auf der man sich in der Hauptsache mit der Wahl des Büro-Ausschusses beschäftigte. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, alle die europäischen Gewerkschaften besonders betreffenden Fragen

in engster Zusammenarbeit mit der zentralen Leitung des IBFG zu behandeln. Zum Präsidenten des Regionalrates sowie gleichzeitig zum Vorsitzenden des Büro-Ausschusses wurde der Vertreter des englischen Gewerkschaftsbundes, C. J. Geddes, gewählt. Außer den Vertretern der holländischen und skandinavischen Gewerkschaften, gehört als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ludwig Rosenberg dem Ausschuß an. Die Zentrale dieser regionalen Organisation befindet sich in Brüssel; ein Verbindungsbüro wird in Paris errichtet. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß von den 35 Millionen Gewerkschaftern Europas 59 v. H. dem IBFG, 22 v. H. dem kommunistisch geführten Weltgewerkschaftsbund und 6 v. H. der Christlichen Internationalen angeschlossenen sind, während 13 v. H. in selbständigen Gewerkschaften organisiert sind.

Nach Europa folgen Nord- und Südamerika mit einer interamerikanischen Regionalkonferenz, die vom 8. bis 12. Januar 1951 in Mexiko-City abgehalten wurde und auf der 160 Delegierte aus 21 Ländern, die 25 Gewerkschaftsorganisationen mit mehr als 20 Mill. Mitgliedern vertraten, anwesend waren. Auch in Asien und Afrika werden auf solchen Konferenzen Regionalorganisationen des IBFG gebildet werden. Ein asiatisches Informations- und Beratungszentrum, dessen Leitung dem Asienvertreter im IBFG, Dhyen Mungat, übertragen wurde, ist seit 5. Februar 1951 in Singapur eröffnet worden.

Bis zum Sommer dieses Jahres will man auf diese Weise die Grundlagen der freien internationalen Gewerkschaftsorganisation gefestigt haben, denn im Juli 1951 wird in Mailand der 2. Kongreß des IBFG stattfinden.

Die dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen vertreten zur Zeit etwa 54 Mill. Mitglieder aus 60 Ländern. Die Zahl ist jedoch ständig im Wachsen. Erst kürzlich wurden vom Exekutiv Ausschuß des IBFG die Aufnahmegesuche folgender gewerkschaftlicher Organisationen bewilligt: Gewerkschaftsbund von Pakistan, Malaisischer Gewerkschaftsrat, Thailändischer Gewerkschaftsbund, Isländische Gewerkschaftsföderation, Arbeitervereinigung der Falklandinseln und Petroleum-Arbeiter-Gewerkschaft von Chile. Außerdem faßte der Nationalrat der Gewerkschaftsföderation von Mexiko (GTM), der größten Gewerkschaftsorganisation des Landes mit 1 250 000 Mitgliedern, am 6. Januar 1951 den Beschluß, sich dem IBFG anzuschließen; die Mitgliedschaft trat inzwischen rückwirkend mit dem 1. Januar 1951 in Kraft. Zeitungsberichten zufolge stimmte auch die größte Gewerkschaftsorganisation Australiens, der Austra-

liche Arbeiterverband (AWU), mit 160 000 Mitgliedern, einstimmig dafür, die Aufnahme in den IBFG zu beantragen.

In allen nicht von Moskau beherrschten Ländern macht sich die Ablehnung der kommunistischen Kontrolle immer stärker bemerkbar. In besonderem Maße kommt dies in Japan zum Ausdruck, wo die Mitgliederzahl der kommunistisch beherrschten Gewerkschaft in einem Jahr von 85 v. H. auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand von 150 000 Mitgliedern sank. Darin wird deutlich sichtbar, daß sich der IBFG in zunehmenden Maße zu der Interessenvertretung der Arbeiterschaft der ganzen freien Welt entwickelt.

AUS DER ARBEIT DER INTERNATIONALEN ARBEITS- ORGANISATION

Im vergangenen Jahr, als die ganze Welt mit ersten Fragen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art zu kämpfen hatte, war die Internationale Arbeits-Organisation (IAO) unentwegt bemüht, das Ihre zur Errichtung eines dauerhaften Friedens beizutragen, denn, wie ihre Verfassung feststellt, kann der Weltfrieden auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.

Die von den Mitgliedstaaten der IAO für den normalen Jahreshaushalt der Organisation zur Verfügung gestellten Kredite belaufen sich auf rund 6 Millionen Dollar. Das ständige Sekretariat der IAO unter Leitung seines Generaldirektors David A. Morse, zählt 550 Beamte aus 50 Ländern.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat wie üblich im Juni 1950 ihre Jahrestagung in Genf abgehalten. Der Verwaltungsrat, das vollziehende Organ der IAO, ist zweimal in Genf und einmal in Brüssel zusammengetreten, außerdem fanden mehr als 20 Tagungen verschiedenster Art in verschiedenen Teilen der Welt statt. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz von 1950 wurden Indonesien und Vietnam aufgenommen. Dadurch hat die Zahl der Mitgliedstaaten den bisher noch nie erreichten Stand von 62 erreicht.

Der Beginn mit der Verwirklichung des Programms der technischen Hilfe für die weniger entwickelten Länder darf als das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahres betrachtet werden. Für die Aufstellung und Durchführung dieses Programms arbeitet die IAO mit den Vereinten Nationen und sechs ihrer Sonderorganisationen zusammen. Das Programm bezweckt, den weniger ent-

wickelten Ländern bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft durch technische Hilfe beizustehen. Aus den von 54 Staaten der UN dafür speziell bereitgestellten Mitteln wird die IAO über rund 2 Mill. Dollar verfügen können.

Auf dem Gebiet der arbeitsmarkt-politischen Fragen, auf dem die Organisation seit 1946 besonders tätig ist, wurde eifrig weitergearbeitet. So haben Beamte des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Asien eine ganze Reihe von Berufsausbildungskursen abgehalten, um den betreffenden Ländern die Ausbildung des von ihnen in den Industrien benötigten Personals zu ermöglichen.

Auch wurde im vergangenen Jahr mit der Durchführung eines Planes für die Wanderungsprobleme begonnen. Es handelt sich dabei darum, mittels eines Fonds von 1 Mill. Dollar, welcher der IAO von mehreren europäischen Staaten zur Verfügung gestellt wurde, die Wanderung überschüssiger europäischer Arbeitnehmer nach Gegenden, wo Arbeitskräfte mangeln, zu erleichtern, um dort die natürlichen Produktionsmittel zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Generaldirektor des IAA im November 1950 in Bonn eine Außenstelle des IAA errichtet hat, die sich mit Wanderungsfragen befaßt.

Weiter hat sich die IAO im Jahr 1950 mit der Frage der Einhaltung der Grundsätze der Vereinigungsfreiheit beschäftigt. Ein internationaler Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß wurde errichtet, nachdem seine Befugnisse vom Verwaltungsrat ausgearbeitet und von der Jahreskonferenz 1950 bestätigt worden waren. Der Ausschuß ist zuständig, Klagen über die Verletzung der Vereinigungsfreiheit zu prüfen und vermittelnd einzugreifen. Er zählt neun Mitglieder aus neun verschiedenen Staaten.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat ihre Tagesordnung für das Jahr 1951 in bezug auf drei Fragen vorbereitet, nämlich: Gleicher Lohn bei gleicher Leistung für Frauen und Männer, Gesamtarbeitsverträge und Schlichtungswesen sowie Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft.

Von besonderer Bedeutung für Deutschland ist, daß die Wiederaufnahme Deutschlands in die IAO im Mittelpunkt einer Besprechung stand, die der stellvertretende Direktor des IAA, Jeff Rens, kürzlich mit Mitgliedern des Bundesvorstandes des DGB in Düsseldorf hatte. Als Ergebnis dieser Besprechung wird sich der DGB an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften mit der Bitte wenden, den zu erwartenden Aufnahmeantrag der Bundesregierung zu unterstützen.